

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich

vom 1. Juni 2016

455. Sportamt, Olympische Winterspiele 2026, Zuschrift

IDG-Status: öffentlich

Mit Schreiben vom 17. Mai 2016 hat sich der in der Bündner Regierung für das Dossier Olympische Winterspiele 2026 zuständige Vorsteher des Departements für Volkswirtschaft und Soziales an den Stadtrat gewendet. Darin wird ein Gespräch auf Regierungsebene gewünscht, um auf der Basis eines von den Dachorganisationen Wirtschaft Graubünden erarbeiteten Grobkonzepts über eine gemeinsame Weiterentwicklung des Olympiaprojekts zu diskutieren.

Auf Antrag des Vorstehers des Schul- und Sportdepartements wird an die Regierung des Kantons Graubünden geschrieben:

Mit Schreiben vom 17. Mai 2016 hat sich der in der Bündner Regierung für das Dossier Olympische Winterspiele 2026 zuständige Vorsteher des Departements für Volkswirtschaft und Soziales an den Stadtrat gewendet. Darin wird ein Gespräch auf Regierungsebene gewünscht, um auf der Basis eines von den Dachorganisationen Wirtschaft Graubünden erarbeiteten Grobkonzepts über eine gemeinsame Weiterentwicklung des Olympiaprojekts zu diskutieren.

Der Stadtrat hat sich mit einer allfälligen Mitwirkung bei Olympischen Winterspielen 2026 im Kanton Graubünden und Zürich befasst und vertritt folgende Haltung:

Olympische Winterspiele gehören zu den grössten und wichtigsten Sportanlässen weltweit. Dementsprechend gross ist die internationale Beachtung. Der Stadtrat steht Olympischen Spielen grundsätzlich positiv gegenüber. Da eine allfällige Schweizer Kandidatur beim Internationalen Olympischen Komitee eingereicht und gegen Kandidaturen aus anderen Ländern bestehen muss, handelt es sich dabei um eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Die Stadt Zürich erachtet es daher als notwendig, dass der Schweizerische Dachverband der nationalen Sportverbände Swiss Olympic und der Bund von Anfang an die Führung bezüglich einer einzigen allfälligen Schweizer Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026 übernehmen. Falls sich Swiss Olympic und der Bund für eine Schweizer Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026 aussprechen sollten, in der die Einbindung der Stadt Zürich vorgesehen und sinnvoll ist, wäre die Stadt Zürich gerne bereit, entsprechende Gespräche zu führen. Dabei müssten die konkreten Rahmenbedingungen (inklusive Vorstellungen über die Kostenteilung) in einer frühen Phase verbindlich festgelegt und zudem sichergestellt werden, dass sich auch der Kanton Zürich massgeblich beteiligen würde.

Aufgrund des von Swiss Olympic im März 2016 verabschiedeten neuen nationalen Nominierungsverfahrens will sich Swiss Olympic im Gegensatz zur Kandidatur Graubünden 2022 nicht mehr von Anfang an auf ein einzelnes konkretes Kandidaturprojekt konzentrieren, sondern am Ende aus verschiedenen regionalen Kandidaturprojekten entweder das beste auswählen oder auf eine Kandidatur verzichten. Somit ist zum heutigen Zeitpunkt nicht klar, ob Swiss Olympic die Einbindung der Stadt Zürich in ein Kandidaturprojekt vorsieht und dies von der Stadt Zürich als sinnvoll erachtet wird. Demzufolge sind die vom Stadtrat als notwendig erachteten Voraussetzungen für Gespräche betreffend Mitwirkung bei einem Kandidaturprojekt für Olympische Winterspiele 2026 an sich nicht erfüllt.

Dieser Umstand sowie der sehr enge Zeitplan des nationalen Nominierungsverfahrens machen es aus Sicht des Stadtrats sehr schwierig, eine international konkurrenzfähige Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026 fristgerecht zu erarbeiten – insbesondere dann, wenn im Verlauf der nächsten Monate die finanziellen Rahmenbedingungen durch Volksabstimmungen verbindlich geregelt sein müssen. Da die Kräfte nicht auf die international am chancenreichste Kandidatur konzentriert, sondern auf verschiedene Kandidaturen verteilt werden, entsteht in verschiedenen Städten und Kantonen ein enormer Aufwand, der grösstenteils vergeblich sein wird, weil – wenn überhaupt – lediglich eine Kandidatur ausgewählt wird. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass es kein Initiativkomitee für eine Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026 aus der Stadt oder der Region Zürich gibt, das ein Engagement Zürichs für Olympische Winterspiele 2026 oder gar als Host-City fordert. Es muss bezweifelt werden, ob sich die Bevölkerung der Stadt Zürich im Rahmen einer Volksabstimmung für die Durchführung Olympischer Winterspiele 2026 unter Einbezug der Stadt Zürich aussprechen würde.

Vor diesem Hintergrund erachtet der Stadtrat ein Engagement für Olympische Winterspiele 2026 als sehr schwierig. Das gilt insbesondere für den Fall, dass die Stadt Zürich als Host City vorgesehen wäre, auf ihrem Gebiet neue Sportanlagen oder andere Infrastruktur erstellt werden müssten oder weitreichende oder gar unbegrenzte Garantien notwendig würden. Der Stadtrat erachtet es daher als nicht angebracht, dass die Stadt Zürich im nationalen Bewerbungsverfahren von Swiss Olympic zur Ausarbeitung einer Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026 im Kanton Graubünden und Grossraum Zürich aktiv mitwirkt. Hingegen ist er gerne bereit, am gewünschten Gespräch die Beweggründe für die vorliegende Stellungnahme zu erläutern und auszuloten, inwieweit unter den gegebenen Umständen Möglichkeiten für eine allfällige Unterstützung bestehen.

Mitteilung an die Stadtpräsidentin, den Vorsteher des Schul- und Sportdepartements, die übrigen Mitglieder des Stadtrats, die Stadtschreiberin, den Rechtskonsulenten, das Sportamt und durch Zuschrift an die Regierung des Kantons Graubünden, Staatskanzlei, Reichsgasse 35, 7001 Chur.

Für getreuen Auszug
die Stadtschreiberin

Dr. Claudia Cuche-Curti